

Inhaltsverzeichnis

VORWORT ZUR REIHE.....	7
VORWORT.....	9
EINLEITUNG.....	11
Veit Rosenberger Besatzung in der Antike.....	23
Hans-Henning Kortüm Besatzung im Mittelalter.....	37
Jürgen Lub Die schwedische Armee in Sachsen 1706-1707.....	57
Daniel Hohrath Eroberer, Besatzer, Verteidiger, Festungssstädte unter »fremder« Herrschaft im Krieg des 18. Jahrhunderts.....	67
Jörg Nagler Die militärische Besatzung der Südstaaten während der Reconstruction (1865-1877).....	81
Vejas Gabriel Linlevicius Die deutsche Besatzung im »Land Ober Ost« im Ersten Weltkrieg.....	93
Christian Koller »Afrika am Rhein«, Zivilbevölkerung und Kolonialtruppen im rheinischen Besatzungsgebiet der 1920er Jahre.....	105
Gerd Krüger »Aktiver« und passiver Widerstand im Ruhrkampf 1923.....	119
Benoît Majerus Von Falkenhausen zu Falkenhausen. Die deutsche Verwaltung Belgiens in den zwei Weltkriegen.....	131
Claudia Lenz Überlegungen zur Dynamik von nationaler und Geschlechterordnung im Besatzungszustand am Beispiel Norwegens.....	147

Von Falkenhausen zu Falkenhausen

Die deutsche Verwaltung Belgiens in den zwei Weltkriegen

Von

BENOÎT MAJERUS

Der Totale Krieg als ein spezifisches Element des 20. Jahrhunderts hat in den letzten Jahren das Interesse der Fachwissenschaft immer mehr auf sich gezogen. Die vom Deutschen Historischen Institut in Washington initiierten Überlegungen zu diesem Thema haben der Debatte einen weiteren Schub gegeben. Der Frage, inwieweit Totaler Krieg auch totale Besatzung bedeutet, wurde in dem Band zum Ersten Weltkrieg dieser Reihe jedoch nicht nachgegangen, was zu bedauern ist. Insgesamt bleiben die okkupierten Gebiete noch ein allzu oft stiefmütterlich behandeltes Thema in der Geschichtsschreibung des Großen Krieges von 1914 bis 1918. Mit dem Zweiten Weltkrieg verhält es sich genau entgegengesetzt. Sowohl Historiker als auch die breite Öffentlichkeit zollen diesem Thema immer wieder eine hohe Aufmerksamkeit. Erst seit kurzem ist ein Konjunkturwechsel im Interesse an den beiden Konflikten zu beobachten?

Dieser Beitrag möchte die Wechselbeziehungen zwischen den beiden Besatzungen Belgiens herausarbeiten. Denn Belgien wurde innerhalb von 30 Jahren zweimal fast ganz von deutschen Truppen besetzt. Im Folgenden stehen sowohl die Gestalt als auch die Praxis der militärischen Fremdherrschaft im Mittelpunkt. Zunächst werden beide Verwaltungen kurz idealtypisch skizziert. An zweiter Stelle steht die Frage nach Brüchen und Kontinuitäten zwischen 1914-18 und 1940-44. Drittens werden einige mögliche Stränge von Lernprozessen umrissen. Abschließend werde ich kurz einige Bemerkungen über den Sinn derartiger diachroner Vergleiche machen.

Der Erste Weltkrieg – doppelt genäht hält schlechter?

Am 4. August 1914 griffen die ersten deutschen Truppen belgisches Staatsgebiet an, am 20. August besetzten sie Brüssel, am 10. Oktober zogen sie in die als uneinnehmbar geltende Festung Antwerpen ein. Zwei Wochen später endete der Vormarsch an der Kanalküste, da es den Belgiern gelang, die deutsche Umfassungsbewegung durch Überflutungen an der Yser zu vereiteln. Bis September möchte mich bei Christoph Koolf und Dirk Martin für ihre kritischen Kommentare zum Text bedanken.

Roger Chickering/Stig Förster (Hrsg.), Great War, Total War, Combat and Mobilization on the Western Front, 1914-1918, Cambridge 2000.

Zum Beispiel arbeitet Christoph Koolf (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) an einer Dissertation zum Thema Deutsche Besatzungspolitik in Belgien im Ersten Weltkrieg.

tember 1918 verharrete dieser Frontabschnitt im Stellungskrieg. Ein kleiner, nordwestlicher Teil des Landes blieb somit von der belgischen Armee besetzt.

Zu dem auf beiden Seiten erhofften kurzen Krieg kam es nicht. Spätestens ab November 1914 mussten sich die deutschen politischen und militärischen Eliten mit dem Aufbau einer längfristigen Verwaltungsstruktur in Belgien beschäftigen. Deutschland hatte nur für die strategische Führung eines längeren Krieges keinen Plan, es besaß auch keine genauen Vorstellungen, was mit den besetzten Gebieten geschehen sollte.

Ende August 1914 wurde Colmar Freiherr von der Goltz (1843-1916) zum Generalgouverneur von Belgien ernannt. Mit der Ausarbeitung der allgemeinen Richtlinien für das Generalgouvernement waren vor allem das Kriegsministerium und der Generalstab des Feldheeres betraut. Die Verantwortlichen griffen dabei auf Erfahrungen aus dem Krieg von 1870/71 gegen Frankreich zurück. Dabei wuchs ein hybrides Gefüge heran, das sich sowohl durch militärische wie zivile Züge auszeichnete. Die drei Generale (von der Goltz, von Bissing und von Falkenhäusen), die nacheinander an der Spitze des Generalgouvernements standen, wurden vom Kaiser ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers ernannt; sie besaßen durch ihre Immediatstellung theoretisch große Unabhängigkeit. Unterstellt war ihnen die Zivilverwaltung. Auf regionaler und lokaler Ebene existierte eine ähnliche Gewaltenteilung. Während die regional tätigen Militärregimente für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlich waren, versuchten die Zivilverwaltungen, das wirtschaftliche Leben wieder anzukurbeln.

Theoretisch bildete die deutsche Verwaltung am Anfang ein strukturiertes Gefüge, in dem die Kompetenzen klar verteilt waren. Schnell kam es jedoch zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparates und einem Nebeneinander teilweise konkurrierender Institutionen. Parallel zur eigentlichen Zivilverwaltung gab es Mitte 1917 u. a. noch eine Bankabteilung, eine Abteilung für Handel und Gewerbe und eine Politische Abteilung. Innerhalb des Generalgouvernements galt meistens ein »doppeltes Unterordnungsverhältnis«, was zu Komplikationen führte. So waren die regionalen und lokalen Zivilverwaltungen sowohl dem jeweiligen Militärchef als auch der zentralen respektive regionalen Zivilverwaltung unterstellt. Dieses Problem, das öfters an den Generalgouverneur herangetragen wurde, wurde von diesem größtenteils ignoriert.⁴

Robert Paul Oszwald, Die Errichtung des deutschen Generalgouvernements in Belgien 1914, in: Staat und Gesellschaft. Erich Brandenburg zum 60. Geburtstag, Leipzig 1928, S. 234-269. Neben dem Generalgouvernement gab es auf belgischem Staatsgebiet noch andere Besatzungsstrukturen, die ich jedoch hier nicht näher beschreiben will: das Operations- und das Etappengebiet. Ludwig von Köhler, Die Staatsverwaltung der besetzten Gebiete, Band 1: Belgien, Stuttgart 1927, S. 26. Nachdem ihm eine Klage des Präsidenten der Zivilverwaltung aus Aillon zu Ohren gekommen war, antwortete Bissing, dass »ein Dualismus Militär – Zivil in Belgien nicht bestehe [...] Erwarige Doppelbearbeitung hätten als rein örtliche Erscheinungen oft ihren Grund in Uebereifer und könnten bei entsprechendem Kontakt leicht vermieden werden«; siehe Centre d'Etudes et

Dazu kam mit der Dauer des Krieges eine immer stärkere Einflussnahme der Obersten Heeresleitung, insbesondere nachdem Hindenburg im August 1916 Falkenhayn abgelöst hat. Dass diese 3. OHL eine weitere Totalisierung des Krieges betrieben hat, ist weithin bekannt. Dies bewährte sich auch in Belgien. Trotz des Widerstandes der zivilen Reichsbehörden und des Generalgouverneurs behauptete sich die 3. OHL im Herbst 1916 mit Unterstützung von Industriellen in der Frage der Arbeiterdeportationen. Tempo und Anzahl der Deportationen wurden von der OHL bestimmt; die lokalen Behörden waren reine Ausführungsorgane geworden. Der Generalgouverneur war trotz seiner theoretisch starken Stellung machtlos. Insgesamt wurden 120.000 Belgier zwangsverpflichtet, wovon ungefähr die Hälfte in Deutschland, die andere Hälfte an der Westfront eingesetzt wurde.⁷

Der Zweite Weltkrieg –

eine nach dem »Führerprinzip« gestaltete Verwaltung?

Am 10. Mai 1940 überfiel Deutschland Belgien ein zweites Mal. Am 17. Mai wurde Brüssel einengenommen; nach 18 Tagen wurde die Kapitulation unterschrieben; der König erklärte sich zum Kriegsgefangenen in seinem Schloss in Laeken. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war dieses Mal das ganze Land besetzt, und dies blieb so bis in den Herbst 1944.

Über die zukünftige deutsche Verwaltung der Niederlande und Belgiens gab es seit 1939 Planungen innerhalb des Oberkommandos des Heeres (OKH). Während diese für die Niederlande bald revidiert wurde, kam es in Belgien zu der geplanten Einführung einer Militärverwaltung. An ihrer Spitze stand Alexander von Falkenhäusen (1878-1966). Ihm unterstellt waren ein Verwaltungsstab und ein Kommandostab. Falkenhäusen unterstand dem Oberbefehlshaber des Heeres. Nachdem Hitler aber diese Funktion im Dezember 1941 selbst übernommen hatte, unterstand Falkenhäusen formal ihm direkt. Doch konnte er zu Hitler nie persönlich vordringen. Auf regionaler und lokaler Ebene gab es Oberfeld- und Feldkommandanturen. Das Gebiet umfasste nicht nur Belgien, sondern auch zwei nordfranzösische Departements. Im Juli 1944 kam es mit der Einsetzung einer Zivilverwaltung zu einem einschneidenden Wechsel in der Verwaltungsstruktur, die jedoch wegen der Kürze ihrer Existenz keine Wirkungen mehr zeigte.

Die schlechten Erfahrungen, die die Wehrmacht im Polenfeldzug mit den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS (Sipo-SD) gemacht hatte, erklären, warum das OKH nun darauf drängte, in Belgien

de Documentation Guerre et Sociétés contemporaines (im folgenden: CEGES), Osoby-Bestand 1255/2/36. Brief vom 01.03.1916 an den Präsidenten der Zivilverwaltung in Aillon.

Zu diesem Thema siehe Fernand Fassin, Déportation et travail forcé des ouvriers et de la population civile de la Belgique occupée, Paris 1928, und Jens Thiel, Forced Labour, Deportation and Recruitment. The German Reich and Belgian Labourers During the First World War, in: Michael Amara u. a. (Hrsg.), Une 'guerre totale'? La Belgique dans la Première Guerre mondiale. Nouvelles tendances de la recherche historique, Brüssel 2005, S. 235-245.

Weltkrieges fast keine Institution gab, die nicht vom Generalgouverneur abhängig, so ist die Politik des »Hinterregierens«, ein Ausdruck, der in der belgischen Literatur oft für die Situation im Zweiten Weltkrieg benutzt wird, auch für die erste Besatzung gültig. Mehrere Institutionen und Gruppierungen außerhalb des Generalgouvernements mischten sich regelmäßig in die Verwaltung ein. Die Flamenpolitik, die Wirtschaftspolitik und die Kriegszieldiskussion in punkto Belgien illustrieren diese These.

Die deutsche Haltung gegenüber der »belgischen« Frage war im Etappengebiet flamenfreundlicher als im Generalgouvernement. Die dortigen radikalen Jungflamen übten einen ständigen Einfluss auf die anderen Aktivisten aus und genossen dabei die Unterstützung der deutschen Marine, die im Etappenengebiet zuständig war.⁹ Auf ökonomischer Ebene kann die Person Walther Rathenau exemplarisch herangezogen werden, um die These des Hinterregierens zu untermauern. Seit 1912 war er Vorsitzender des Aufsichtsrates der AEG. Zwischen August 1914 und März 1915 stand er an der Spitze der von ihm mitgegründeten Kriegsrüststoffabteilung im Preussischen Kriegsministerium um. Die dort entstandene Requisitionsabteilung unterhielt seit September 1914 eine vom Generalgouverneur unabhängige operierende Außenstelle in Belgien. Damit war der erste Grundstock für die folgenschwere deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Belgien gelegt. Zwei Jahre später spielte Rathenau eine aktive Rolle bei dem gegen den Willen von Generalgouverneur Bissings gefassten Beschluss, mit den Arbeiterdeportationen aus Belgien zu beginnen.¹⁰ Als letztes Beispiel können die Auswirkungen des deutschen Imperialismus auf die alltägliche Verwaltung Belgiens herangezogen werden. Auch wenn die öffentliche Diskussion über die Kriegszielpolitik in Deutschland bis 1916 verbieten war, wurde hinter den Kulissen während der gesamten Kriegsdauer unter Führung der Alldeutschen sowohl auf Berlin wie auch auf Brüssel Druck ausgeübt. Dabei kam es immer wieder zu gezielten Destabilisierungsversuchen innerhalb der Militärverwaltung. Besonders die Politische Abteilung sah sich wegen ihrer angeblich belgientfreundlichen Politik Diffamierungskampagnen ausgesetzt.¹¹

Das Element der Polykratie findet sich ebenfalls im Zweiten Weltkrieg wieder. Auch wenn Hitler persönlich dem OKH zugesehen hatte, dass Belgien allein der Militärverwaltung unterstehen würde, entwickelten sich die Verhältnisse bald anders. Eine Mannschaft des Sipo-SD, in Uniformen der Geheimen Feldpolizei, war seit den ersten Juli-Tagen 1940 in Belgien tätig. Ende Juli kam

⁹ Die Aktivisten waren eine kleine Gruppe von flämischen Nationalisten, die bereit waren, einen Teil ihrer vor dem Krieg entwickelten Emanzipationswünsche mit Hilfe der Deutschen zu verwirklichen.
¹⁰ Wolfgang Kruse, Kriegswirtschaft und Gesellschaftsrevision. Walther Rathenau und die Organisation des Kapitalismus, in: Hans Wilderotte (Hg.), Die Extremie berühren sich. Walther Rathenau 1867-1922, Berlin 2000, S. 151-168, hier S. 153-154, 160.
¹¹ Winfried Dolderer, Deutscher Imperialismus und belgischer Nationalitätenkonflikt. Die Rezeption der Flamenfrage in der deutschen Öffentlichkeit und deutsch-flämische Kontakte 1890-1920, Melsungen 1989, S. 89-91, sowie in Kürze die am Trinity College Dublin verfasste Dissertation von Christoph Schmidt-Suppran, deren erste Resultate in Amara, Belgique, zu finden sind.

eine reine Militärverwaltung zu errichten. In der belgischen Historiographie wurden diese Bemühungen um die Ausschaltung von Institutionen jenseits der Wehrmacht als eines der Hauptmerkmale der deutschen Besatzung angesehen. Studien über die Zusammensetzung und Entwicklung dieses Verwaltungssap- parates, in dem sich sowohl Mitglieder der Wehrmacht wie zivile Beamte aus Reichsbehörden wieder fanden, gibt es bis heute nicht. Während der vierjährigen Besatzung versuchten Falkenhausen und sein Militärverwaltungschef Eggert Reeder, ihren alleinigen Machtanspruch in Belgien mit dem nach außen hin so wichtigen »Führerprinzip« zu rechtfertigen. Ihre Bemühungen wurden jedoch von Anfang an unterwandert. Im Laufe des Krieges gewannen so namentlich die SS einen immer stärkeren Einfluss auf die alltägliche Verwaltungsspolitik Belgiens. Es gelang ihr, parallel zu den von der Militärverwaltung geförderten Institutionen und Verbänden, eigene Einrichtungen aufzubauen, so etwa in der Flamenpolitik.

Elemente von Kontinuität

Die zur Verwaltung der besetzten Gebiete geschaffenen Strukturen hatten eine Reihe von Gemeinsamkeiten, von denen hier zwei näher beschreiben werden. Einerseits charakterisierten sie sich durch eine Vielzahl von Behörden, deren Kompetenzen selten klar definiert waren und die deshalb immer wieder in Konflikt miteinander gerieten. Andererseits gab es sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg den gelungenen Versuch, die einheimischen Dienststellen in die alltägliche Besatzungsarbeit mit einzubeziehen.

Der Begriff der Polykratie, ein oft für den nationalsozialistischen Staat bemühtes Konzept, bewährt sich bereits für die Charakterisierung der deutschen Herrschaft in Belgien im Ersten Weltkrieg, wie ich im Folgenden am Beispiel des Diplomaten Oscar Freiherr von der Lancken und seines Dienststellen werde. Vor 1914 war von der Lancken unter anderem in der deutschen Botschaft in Paris tätig gewesen. Er nahm im August 1914 am Krieg im Westen teil und wurde dann der Zivilverwaltung unterstellt, wo er als Vertreter des Auswärtigen Amtes arbeiten sollte. Dies hatte zur Folge, dass er zwei Vorgesetzte hatte, von denen der Leiter der Zivilverwaltung, von Sandt, jedoch einen niedrigeren Verwaltungsrang besaß (Lancken als Rat I. Klasse, Sandt als Rat II. Klasse). In diesem Zusammenhang kam es so öfters zu Spannungen, da von der Lancken sich jede Einmischung verbat. Im Februar 1915 bekam er dann eine eigenständige Behörde, die Politische Abteilung. Er blieb jedoch weiterhin sowohl dem Auswärtigen Amt als auch Generalgouverneur von Bissing, von nun an sein direkter Vorgesetzter, unterstellt. Eine seiner wichtigsten Kompetenzen – die Flamenpolitik – verlor er 18 Monate später an die Zivilverwaltung für Fländern infolge der Verwaltungsstrennung.⁸ Wenn es während des Ersten

⁸ Oscar Freiherr von der Lancken, Meine dreissig Dienstjahre 1888-1918. Potsdam 1931, S. 138-140, und Bundesarchiv Berlin, Bestand Reichsministerium des Innern, R 1501-19354; Personal- und Geschäftsübersicht der dem Generalgouverneur in Belgien unmittelbar unterstellten Zivilbehörden (1918).

wiederum die Mitarbeit der wichtigsten belgischen Administratoren. Diesmal war die Zusammenarbeit nach außen hin sichtbarer durch die Einrichtung des Komitees der *secrétaires généraux*.¹⁴ Im Gegensatz zur *Grande Guerre* steht dieses Thema für die zweite Okkupation seit längerem im Mittelpunkt des Interesses der belgischen und ausländischen Historiker.

Elemente von Diskontinuität

Auch in diesem Abschnitt soll es nicht um eine vollständige Aufzählung sämtlicher Unterschiede zwischen den beiden Herrschaften gehen. Vielmehr sollen anhand der Flamen- und Wirtschaftspolitik sowie der ideologischen Umgestaltung der Gesellschaft einige besonders wichtige Brüche hervorgehoben werden.

Auf dem sprachpolitischen Gebiet sind die Resultate auf den ersten Blick verwunderlich. Man könnte ja davon ausgehen, dass auf Grund der völkischen Ideologie des Nationalsozialismus eine viel extremere Flamenpolitik im Zweiten Weltkrieg betrieben wurde. Dies war jedoch nicht der Fall. Zwischen 1914 und 1918 wurden der kleinen flämischen Kollaborationsbewegung, den Aktivisten, viel größere Zugeständnisse gemacht als 25 Jahre später. Die Errichtung des »Kats von Flandern« (*Raad van Vlaanderen*) im Januar 1917 und vor allem die seit Oktober 1916 eingeleitete Verwaltungsstrennung bedeuerten einen endgültigen Bruch mit dem belgischen Staatsaufbau.¹⁵ Im Zweiten Weltkrieg ergab sich eine ganz andere Konstellation. Festlegungen über den künftigen Status Belgiens hat Hitler 1939/40 ausdrücklich vermieden. Das geht noch einmal klar aus dem Führerentscheid vom 14. Juli 1940 hervor: einseitig gewünschte Hitler »jede mögliche Förderung der Flamen« und ordnete an: »Den Wallonen sind keine Begünstigungen zu gewähren«. Gleichzeitig hielt er fest: »Der Führer hat hinsichtlich der Zukunft des belgischen Staates noch keine endgültige Entscheidung getroffen.«¹⁶ Bis zum Ende des Krieges gab es keine einschneidenden Eingriffe in das belgische Staatswesen. Flämische Kollaborateure konnten nicht in neu gegündeten, rein flämischen Institutionen die Macht ergreifen, wie das im Ersten Weltkrieg der Fall war; sie eroberten jedoch wichtige und zahlreiche Posten innerhalb des belgischen Verwaltungsapparates. Ungefähr die Hälfte der kommunalen Verwaltungen in Flandern kam in die Hände des *Vlaamsch Nationaal Verbond* (NVV), der größten flämischen Kollaborationsbewegung.¹⁷

In der Wirtschaftspolitik war die deutsche Praxis im Zweiten Weltkrieg wiederum weniger radikal als im Ersten Weltkrieg. Von Oktober 1914 an wur-

¹⁴ Marc van den Wijngaert, Het beleid van het Comité van de sekretarissen-generaal in België

tijdens de Duitse bezetting 1940-1944, Brüssel 1975.

¹⁵ Sehr kurz aber übersichtlich skizziert in Dolderer, Deutscher Imperialismus, S. 36-37. Die seitdem erschienene Literatur ist verarbeiteter in Antoon Vriens, Bezette stad. Vlaams-nationalistische collaboratie in Antwerpen tijdens de Eerste Wereldoorlog, Brüssel 2002.

¹⁶ Zit. nach Albert de Jonghe, Hitler en het politieke lot van België, Kapellen 1982, S. 412.

¹⁷ Bruno de Wever, Greep naar de Macht. Vlaams-nationalisme en Nieuwe Orde, Het NVV 1933-1945, Tilt 1994, S. 430-439.

es dann zu einer der Militärverwaltung aufgezwungenen Legalisierung der Präsenz von Sipo-SD in Belgien. Bis zur Einsetzung einer Zivilverwaltung im Jahre 1944 war diese Stelle theoretisch Reeder unterstellt, sie besaß jedoch auch einen direkten Draht zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Dazu kam es im April 1942 zur Versetzung von Richard Junglaus aus den Niederlanden nach Belgien. Er vertrat den Reichsführer SS Himmler als Sachbearbeiter der NSDAP für alle Volkssturmfragen und überwachte sowohl die DeVlag, eine der radikalsten flämischen Kollaborationsbewegungen, wie auch ab 1943 Rex, das französischsprachige Pendant. Des Weiteren war er für die Anwerbung zur Waffen-SS in Belgien zuständig. All dies geschah ohne direkte Abstimmung mit den Leitern der Militärverwaltung, jedoch in ständiger Absprache mit den verantwortlichen Stellen in Berlin.¹² Auf der wirtschaftlichen Ebene gab es ähnlich wie im Ersten Weltkrieg Reichsbehörden, die unabhängig vom Militärregierung in Belgien tätig waren. Zu verweisen ist zum einen auf die von Göring geleitete Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan, die von Beginn an eine von Hitler genehmigte Ausnahmeerlaubnis besaß. Aber auch innerhalb des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), von dem Alexander von Falkenhausen ja indirekt abhing, wuchsen Institutionen heran, die zwar teilweise dem Militärregiment unterstellt waren, jedoch eine unabhängige Politik betreiben so z. B. die Rüstungsinspektion, die dem Wehrwirtschafts-

und Rüstungsamt unterstand.

Sowohl im Jahre 1914 wie 1940 war der Krieg für den Besatzer noch nicht beendet. Er musste deshalb die eroberten Gebiete mit einem Minimum an Personal verwalten und war notwendigerweise auf eine Zusammenarbeit mit den belgischen Verwaltungsbehörden angewiesen. Im Ersten Weltkrieg wurde dies erschwert, da der belgische Staat noch in dem kleinen unbesetzten Teil weiterexistierte. In der belgischen Historiographie wird die Problematik der Kollaboration der im Generalgouvernement verbliebenen Behörden tiefermütterlich behandelt und oft als irrelevant abgetan. So behaupteten z. B. Luc De Vos und Pierre Liernux kürzlich noch, dass die belgischen Polizeikräfte aus der Kommunalverwaltung herausgelöst und dem deutschen Militärapparat unterstellt wurden.¹³ Diese Darstellung ist nicht nur falsch, sondern kaschiert auch wichtige Fragestellungen wie die nach der Zusammenarbeit zwischen belgischer und deutscher Polizei im Ersten Weltkrieg. Die wichtigsten und größten belgischen Behörden, etwa das Innenministerium, das Justizministerium oder das Finanzministerium, arbeiteten zwischen 1914 und 1918 weiter. Allein Eisenbahn- und Postwesen gerieten unter direkte deutsche Kontrolle. Erst mit der Verwaltungsstrennung im Jahre 1917 kam es zu einem teilweisen Stillstand der belgischen Behörden. Im Zweiten Weltkrieg suchten die Besatzer

¹² Albert de Jonghe, De strijd Himmler-Reeder om de benoeming van een HSSPF te Brussel.

Twede Deel: De infiltratie van de politieke collaboratie in Vlaanderen door de SS van het begin der bezetting tot de dood van De Clercq (juni 1940-oktober 1942), in: Bijdragen tot de Geschiedenis van de Tweede Wereldoorlog 4, Dezember 1976, S. 5-152, hier S. 77-78.

¹³ Luc De Vos/Pierre Liernux, Der Fall Belgien 1914 bis 1918 und 1940 bis 1944, in: Bruno Thoss/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Erster Weltkrieg/Zweiter Weltkrieg – Ein Vergleich, Paderborn 2002, S. 527-553, hier S. 529.

In seinem bis heute grundlegenden Werk über die innere Sicherheit im besetzten Belgien und Nordfrankreich zwischen 1940 und 1944 konstatiert Wolfram Weber, dass »die Militärverwaltung den im Ersten Weltkrieg begangenen Fehler vermeiden hat, sich auf die viel beschworene Uneinigkeit der vorgeblich so unversöhnlichen Flamen und Wallonen zu stützen«.²⁰ Zwischen dem Abzug der letzten Soldaten der kaiserlichen Armee und dem Einzug der Wehrmacht in Brüssel liegen 22 Jahre. Auf welchen Stufen kann man nun eventuelle Lernprozesse ansiedeln? Drei Erfahrungsebenen scheinen dabei wichtig zu sein: die Kriegserfahrung im Ersten Weltkrieg, die Besatzung des Rheinlandes und der Ruhr sowie die »wissenschaftliche« Beschäftigung mit Belgien.

An der Spitze des Deutschen Reiches standen Menschen, die durch den Ersten Weltkrieg geprägt waren. Hitler als Kriegsfreiwilliger, Göring als Jagdflieger, Brauchitsch als Generalstabsoffizier hatten diesen Krieg bewusst miterlebt. Das gleiche galt für die Führungsschichten des deutschen Besatzungsregimes in Belgien. Alexander von Falkenhause, der Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich, war nicht nur der Neffe des letzten Generalgouverneurs von Belgien im Ersten Weltkrieg, sondern kannte die Westfront auch aus eigener Erfahrung. Bodo von Harbou, der spätere Chef des Kommandostabes, war an der Einnahme von Lüttich im August 1914 beteiligt gewesen. Eggert Reeder, der Leiter der Militärverwaltung, hatte im Ersten Weltkrieg sowohl an der Ost- wie an der Westfront gekämpft, bis er dann am Ende des Krieges als Reserveleutnant in ein Freikorps gewechselt war.²¹ Dabei hatten sie bewusst oder unbewusst die Verwaltung der besetzten Gebiete miterlebt, sei es beim Durchzug ihrer Truppen oder während der kurzen Urlaube, die teilweise im Etappengebiet verbracht wurden.²²

Die Besatzung des Rheinlandes bedeutete eine Inversion der Rollen, wie sie im Ersten und später auch im Zweiten Weltkrieg zu beobachten war. Besetzte wurden Besatzer und Besatzer wurden Besetzte. In beiden Ländern gab es Personen, die während der zweiten Besatzung Belgiens eine wichtige Rolle spielten. Auf belgischer Seite beteiligte sich z. B. der 1948 wegen Kollaboration zum Tode verurteilte Chef der Allgemeinen Königlichen Polizei Adriaan van Coppenolle als junger Offizier an der Rheinlandbesetzung; er war in Gei-

beiden Weltkriegen hinzuweisen. Während diese 1914-18 überwiegend auf strategischen (Militär-) und 1940-44 auf ideologischen (Routine-) Elementen beruhte, war sie zwischen 1940 und 1944 auch durch ideologische Übereinstimmung mit dem Besatzer bestimmt.
²⁰ Wolfram Weber, Die innere Sicherheit im besetzten Belgien und Nordfrankreich 1940-44, Düsseldorf 1978, S. 16.
²¹ CEGES, Personalakte Reeder, AA35/4 und JP 1242: Zeugenaussage von Friedrich Baumann (Sekretär von Falkenhause) vom 28.05.1946.
²² Ein Beispiel unter vielen: Ernst Jünger, In Stahlgewittern, Berlin 1920, hier benutzt: 14. Aufl., 1933, S. 98-99. Über das Leben der Soldaten in der Etappe und in den besetzten Gebieten ist bis jetzt noch sehr wenig bekannt. Ein Teilspekt wird behandelt in: Benoît Majerus, La prostitution à Bruxelles pendant la Grande Guerre: contrôle et pratique, in: Crime, Histoire & Sociétés 7/1 (2003), S. 5-42.

de durch die zahlreichen so genannten Zentren die wirtschaftliche Ausbeutung Belgiens betrieben. Dies führte schnell zu einem totalen Zusammenbruch der Industrieproduktion in Belgien. So stellte das Land zum Beispiel im Jahre 1913 2,4 Mio. Tonnen Stahl her, 1916 waren es noch 0,1 Mio. Tonnen, zwei Jahre später kam die Produktion vollständig zum Erliegen.¹⁸ Wahrscheinlich wurde diese Politik jedoch eher unter dem Druck von Wirtschaftskreisen aus Deutschland als von der deutschen Verwaltung in Belgien in die Wege geleitet. Im Zweiten Weltkrieg galt es, die belgische Industrie in Belgien für Deutschland arbeiten zu lassen. Dabei erreichten die Produktionszahlen selten die der Vorkriegszeit, was jedoch eher mit Nachschubproblemen, die überall in Europa anzutreffen waren, als mit einer wirtschaftsfeindlichen Haltung der Militärverwaltung zu erklären war. Ein weiterer Grund dieses »Erfolges« war die Haltung der belgischen Industriellen, die bis zu einem gewissen Grade im Rahmen der so genannten Galopin-Doktrin auch an einer Zusammenarbeit interessiert waren.

Die ideologische Umformung der Gesellschaft war wahrscheinlich der entscheidendste Bruch mit der Besatzung während des Ersten Weltkrieges. Ab 1940 wurde in Belgien eine ganz neue Gesellschaftsordnung aufgebaut. Es wurde zu weit gehen, diese hier jetzt ausführlich zu beschreiben: Die liberale Demokratie wurde zerstört und sollte durch einen führerorientierten und korporativen Staat ersetzt werden. Parteien und Gewerkschaften wurden aufgelöst. In der Wirtschaft, dem Kultur- und dem Sozialwesen kam es zur Errichtung neuer Institutionen, die sich an denen des Dritten Reiches orientierten. Sicher gab es auch im Ersten Weltkrieg Vorbehalte von deutscher Seite gegen den liberalen belgischen Staat, nicht jedoch eine systematische Beseitigung und Umgestaltung seiner ihn tragenden politischen Ideen und Werte. In diesem Zusammenhang gehört auch die Verfolgung von bestimmten Bevölkerungsgruppen wie den Juden und den Sinti und Roma. Auch wenn in den letzten Jahren manchmal versucht wurde, die Leiden der deportierten Zivilbevölkerung im Ersten Weltkrieg teilweise mit denen der Opfer des Zweiten Weltkrieges wenn nicht gleichzusetzen, so doch zusammenzurücken, so bedeutet die Judenverfolgung einen radikalen Bruch. Dafür war neben dem Sipo-SD, der sowohl dem RSHA in Berlin als auch dem Militärverwaltungschef in Brüssel unterstellt war, die Militärverwaltung direkt verantwortlich. Die dem Kommandostab unterstellte Feldgendarmarie war an den Razzien beteiligt und die Abteilung »Feind- und Judenvermögen« der Wirtschaftsabteilung organisierte ihre wirtschaftliche Enteignung. Detaillierte Studien über die Beteiligung der Wehrmacht an der Judenverfolgung im Westen stehen noch aus. Ungefähr 25.000 Juden wurden Opfer des nationalsozialistischen Terrors.¹⁹

¹⁸ Fernand Baudhuy, Histoire économique de la Belgique 1914-1939. Tome second: évolution des principaux facteurs, Brüssel 1944, S. 446.

¹⁹ Die Cahiers d'Histoire du Temps Présent, 12 (Dezember 2003), mit Beiträgen von Lieven Sae-rens, Thierry Delplanq und Benoît Majerus, bieten die jüngste Übersicht der belgischen Historiographie über die Judenverfolgung; für die Verfolgung der Sinti und Roma: José Gorovitch, Quelques données relatives à l'extermination des Tsiganes de Belgique, in: Cahiers d'Histoire de la Seconde Guerre Mondiale 4 (Decembre 1976), S. 161-180. An dieser Stelle gilt es auch auf die unterschiedlichen Beweggründe der administrativen Kollaboration mit dem Besatzer in den

lenkirchen, einem Städtchen nordöstlich von Aachen stationiert.²³ Auf deutscher Seite ließ sich ein Mann wie Franz Thedieck nennen, während des Zweiten Weltkrieges Generalfreierent von Reeder, der 1923 Leiter der vor allem im besetzten Rheinland tätigen Kölner Abwehrstelle des preußischen Innenministeriums gegen den Separatismus gewesen war.²⁴ Eine andere für die theoretische Legitimation der Militärverwaltung wichtige Person, die in Verbindung mit Reeder stand, ist Werner Best. Ulrich Herbert hat seine Politisierung und Radikalisierung während des »Abwehrkampfes« nachgezeichnet.²⁵ Die »Westforschung« interessierte sich u. a. auch für Belgien. Dabei spielten zwei Personen eine besondere Rolle. Robert Oszwald kannte Belgien aus dem Ersten Weltkrieg, wo er u. a. in der Politischen Abteilung arbeitete. In der Zwischenkriegszeit bestimmte er durch seine Publikationen nicht nur das Bild der ersten Besatzung, sondern beschäftigte sich auch mit der Rolle Flanderns im großniederländischen Raum. Franz Petri, der spätere Referent für Volkstum, Kultur und Wissenschaften beim Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich, tat sich besonders in den 1930er Jahren mit seinen volksgeschichtlichen Publikationen hervor.²⁶ Spätere führende Leiter der Militärverwaltung wie Thedieck oder Reeder standen in der Zwischenkriegszeit immer wieder in engem Kontakt mit den so genannten Westexperten und setzten diesen Kontakt auch während der Besatzung fort.²⁷ Wie schon hervorgehoben, gab es im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg seit 1939 Planungen zur Besetzung Belgiens. Die drei genannten Erfahrungsebenen flossen zunächst in den aufgestellten Kommissionen zur Vorbereitung des Verwaltungssapparates im künftigen Belgien zusammen. Dazu wurden seit der ersten Hälfte des Jahres 1939 innerhalb des OKH Überlegungen angestellt, wie die besetzten Gebiete im Westen nach einem erfolgreichen Feldzug organisiert werden sollten. Nach dem Überfall auf Polen, bei dessen Verwaltungsaufbau die Wehrmacht den Kürzeren zog, kam es zu konkreteren Vorbereitungen. Innerhalb der Heeresgruppe A in Koblenz und der Heeresgruppe B in Düsseldorf gab es beim Quartiermeister eine mit diesen Plänen

²³ CEGES, Autobiographische Notizen aus dem Jahre 1973 von Adrian E. Van Coppenolle.
²⁴ Bruno Kartheuser, Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy. Einblick in das Netzwerk der reichsdeutschen Subversion, Neundorf 2001, S. 31-33.
²⁵ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996. Reeder beteiligte sich an der 1941 von Best gegründeten Zeitschrift *Reich – Volksordnung – Lebensraum* (RVL) und vertrieb des Öfteren auf den Aufsatz von Werner Best, Die deutsche Militärverwaltung in Frankreich, in: RVL 1 (1941), S. 29-76.
²⁶ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Markus Pöhlmann, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik. Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956, Paderborn 2002, S. 336-348. Zur schnell anwachsenden Literatur über die Westforschung: Burkhard Dietz, Die interdisziplinäre »Westforschung« der Weimarer Republik und NS-Zeit als Gegenstand der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Überlegungen zu Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte 14 (1999), S. 189-209.
²⁷ Siehe u. a. die Beiträge von Michael Fahlbusch, Stephan Laux, Thomas Müller, Klaus Pabst und Jan Zimmermann in: Burkhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hg.), Griff nach dem Westen. Die »Westforschung« der volkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), Münster 2003.

beauftragte Abteilung (Gruppe Qu2). Letztere spielte für die Besatzung Belgiens die größere Rolle. Seit November 1939 wurde dort der Kölner Regierungspräsident Eggert Reeder in die Planungen einbezogen. Dieser setzte eine Studiengruppe ein, deren Zusammensetzung nicht genau bekannt ist, da ein vollständiger Archivbestand über diese Arbeiten nicht mehr besteht. Über einige der dort vertretenen Personen besitzen wir jedoch Informationen. Wenigstens drei Vertreter der Westforschung tauchten dort auf, unter ihnen der schon genannte Franz Petri. Im Rahmen dieser Kommission verfasste er u. a. Handreichungen für die in den Niederlanden und in Belgien eingesetzten Beamten, die nur für den Dienstgebrauch bestimmt waren.²⁸ Rolf Wilkening, der 1933 bei Martin Spahn (Leiter des Instituts für Raumpolitik in Köln) über die deutschsprachige Minderheit der Provinz Lüttich promoviert hatte, und Werner Reese, eher ein Niederlande-Spezialist, waren die beiden anderen Vertreter der »Westforschung«.²⁹ Indirekt waren jedoch auch noch andere »Westforscher« beteiligt; teilweise war die Arbeit dieser Kommission durch die »Sondergruppe Student« unterstützt worden. Deren Angehörige sollten beim Angriff auf Belgien und die Niederlande hinter den Kampflinien abgesetzt werden. In ihrer Vorbereitungsphase halfen sie auch bei Ausarbeitung der Richtlinien für eine eventuelle Besatzung mit. Ein Angehöriger dieser Sondergruppe erklärte nach dem Krieg, dass es in ihr die 1914-18 gemachten Erfahrungen mitzuverarbeiten galt. Auch Ludwig Pesch, der 1939 bei Franz Petri in Köln mit dem Titel »Volk und Nation in der Geistesgeschichte Belgiens« promoviert worden war, gehörte der Sondergruppe an.³⁰ Zu dieser Studiengruppe gehörten auch zwei Verwaltungsbeamte, die bereits während des Ersten Weltkrieges in der Militärverwaltung tätig waren und »aufgrund ihrer damaligen Erfahrungen wertvolle Beiträge zu den ersten Anforderungen des Generalquartiermeisters lieferten.«³¹ Ihre Namen sind allerdings unbekannt. Einer der beiden war jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit Robert Oszwald. Die Kommission versammelte sich in den Gebäuden des niederländischen Instituts in Köln, das von Oszwald mitbegründet worden war.

²⁸ Franz Petri, Die Niederlande (Holland und Belgien) und das Reich. Volkstum – Geschichte – Gegenwart, Bonn 1940.
²⁹ Marnix Beyen, Orlog & Verleden. Nationale geschiedenis in België en Nederland, 1938-1947, Amsterdam 2002, S. 86-94. Wilkening hat sich auch als Leiter der Aussensstelle West der Reichsstudentenführung seit 1935 innerhalb der Deutsch-Vlaamischen Gesellschaft (DeVlag) mit Belgien beschäftigt.
³⁰ Etienne Verhoeyen, De »sondergroep« Studenten (unveröffentlichte Studie, ca. 2001), S. 2-3. Ich bedanke mich beim Autor, der mir diese Arbeit zur Verfügung gestellt hat.
³¹ Konrad Kwiec, Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung, Stuttgart 1968, S. 34.

durch ihre Haltung das »deutsche Volk zu einem ernststen, einheitlichen Widerstand zusammenzwingen.«³⁴

In diesem Jahresbericht fallen zwei Argumentationsstränge auf: der eine ist inhaltlicher, der andere formeller Natur. Erstens, die wichtigste Lektion, die Reeder aus dem Ersten Weltkrieg zog, war die, dass ein zu forsches Auftreten (Flammpolitik und Wirtschaftspolitik) größere Probleme – d. h. Mehrarbeit und einen größeren Verwaltungsapparat – mit sich bringen konnte. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg wünschte er eine stärkere Mitarbeit der Belgier unter deutscher Aufsicht. Zweitens, die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg wurden von Reeder instrumentalisiert. Die Lehren, die er aus der vorliegenden Besatzung zog – gemäßigte Flamen- und Wirtschaftspolitik sowie eine straff zentral organisierte Verwaltung (d. h. ohne Einmischung anderer, reichsdeutscher Behörden) –, entsprachen genau den Wünschen des Militärverwaltungschefs. Dieser Jahresbericht war so auch teilweise eine Rechtfertigungsschrift gegenüber verschiedenen Institutionen der deutschen Reichsführung in Berlin, die Falkenhäusen und Reeder eine belgiengefällige Politik vorwarfen.

Weiter kam es im Juni 1943 zur Errichtung einer Historischen Kommission, einem »Ausschuss zur Bewertung des Generalgouvernements Belgien«. Sie unterstand der Gruppe Kultur innerhalb der Verwaltungsabteilung des Militärverwaltungschefs. In dieser Kommission sollte »keine Geschichte des Generalgouvernements geschrieben, sondern seine Geschichte für die Gegenwart ausgearbeitet«³⁵ werden. Am Anfang war die Zielsetzung sehr weit gesteckt. Unter anderem sollten Studien über die Flampolitik, die Organisation der Verwaltung, die Haltung der belgischen Polizei oder die Verwendung von Belgiern zu Dienstleistungen für die Wehrmacht erstellt werden. Dabei kam es zu einer engen Zusammenarbeit mit dem Heeresarchiv in Potsdam, in dem die zu diesem Zeitpunkt noch nicht zerstörten Bestände des Generalgouvernements gelagert waren. Ab Ende Dezember 1943 wurden die Arbeiten der Kommission jedoch schon wieder verlangsamt, da nur noch kriegswichtige Aufgaben durchgeführt werden konnten. Schließlich wurden drei Berichte über die Themen Flampolitik, den Mecheler Kardinal Mercier und belgische Justiz fertig gestellt. Die Studie zur Flampolitik, die von Perri geschrieben worden war, landete in zwei Teilen im Juni und Oktober 1943 auf Himmels Schreißbisch.³⁶ Welche Resonanz sie dort fand, ist noch nicht erforscht; die Frage, inwieweit solche Studien konkretes Handeln und Entscheiden beeinflussen, ist nicht nur bei diesem Beispiel schwierig zu beantworten.

³⁴ CEGES, GRMA T 501, roll 104; Jahresbericht der Militärverwaltung in Belgien und Nordfrankreich für das erste Einsatzjahr S. A8. Zur Publikation Köhlers siehe Fußnote 5.
³⁵ Brief der Gruppe Volk/allg an Reeder vom 28.10.1943, zit. nach Marinx Beyen, Een bevoorbare geschiedenis. De omgang met het nationale verleden in België en Nederland, 1938-1947, Leuven 1999 (Dissertation), S. 164.
³⁶ Els Herrebout, De Duitse Archivschuit in België tijdens de Tweede Wereldoorlog, Brussel 1997, S. 273-275, und Archives Nationales Paris, Af², boîte 14.

waltungsschef), Thedieck (Generalreferent des Verwaltungsschefs) und von Craushaar (Leiter des Präsidialbüros und der Verwaltungsabteilung) kamen alle aus Köln.³² Die Präsenz des Ersten Weltkrieges lässt sich auch an kleinen, meines Erachtens aber eindrucksvollen Details ablesen. In dem unter belgischen Historikern bekannten Archivbestand Af⁴⁰ aus den *Archives Nationales* in Paris, in dem deutsche Dokumente aus der Besetzung Belgiens und Frankreichs (1940-44) versammelt sind, finden sich so z. B. sämtliche Verwaltungsberichte des Präsidenten der Zivilverwaltung von Sandt aus dem Ersten Weltkrieg.³³ Über die konkrete Praxis dieser Lernprozesse während des Krieges gibt es bis heute noch fast keine Studien. Ich beschränke mich auf zwei illustrierende Beispiele; weitere Arbeiten müssen zeigen, inwieweit diese repräsentativ sind.

Mitte 1941 schrieb Reeder einen längeren Jahresbericht, in dem er eine Art Bilanz der ersten zwölf Monate zog. Dabei betriet er sich explizit auf die im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit gemachten Erfahrungen, um seine Entscheidungen zu rechtfertigen. So argumentierte Reeder: »In ihrer Arbeitsmethode bemüht sich die Militärverwaltung zu lernen aus 1. den Erfolgen und Misserfolgen der deutschen Verwaltung Belgiens während des [Ersten] Weltkrieges, 2. der Haltung und Verwaltung der alliierten Besatzungsmacht in den besetzten deutschen Gebieten.« Auf welchen Ebenen siedelte Reeder die Lernprozesse an? Er unterschied vier Punkte: Flampolitik, Wirtschaftspolitik, Verwaltung und Verhalten gegenüber der Bevölkerung. Reeder zufolge hatte die Flampolitik im Ersten Weltkrieg, die sich etwa in der Verwaltungsrennung äußerte, »die Opposition der Beamtenschaft und Wirtschaftsführung in Belgien so stark aktiviert und einen nicht unerheblichen Einsatz weiterer deutscher Beamte notwendig [ge]macht.« Im Ersten Weltkrieg sei es nicht gelungen, »die Wirtschafts- und Arbeitsleistung Belgiens in neuemswertem Umfang in den Dienst der deutschen Kriegsführung zu stellen. [...] Unter Ausnutzung der negativen Erfahrungen konnte die Arbeits- und Wirtschaftsführung jetzt weitgehend aktiviert werden.« Reeder zufolge charakterisierte sich die Administration im Ersten Weltkrieg durch »Überorganisation sowie mangelnde Abgrenzung der Zuständigkeiten in den Aufgabengebieten.« Er konnte sich dabei auf die in der Zwischenkriegszeit erschiene Literatur stützen, die diesen Punkt ebenfalls oft kritisch begutachtet hatte. Reeder schien besonders das 1927 publizierte Buch von Ludwig von Köhler, Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe im Ersten Weltkrieg, über die erste Besatzung Belgiens gut zu kennen. Was die Haltung gegenüber der lokalen Bevölkerung anging, verwies er nicht auf die zu diesem Zeitpunkt noch immer verlegneten Gräueltaten vom August 1914, sondern auf die »Vainqueur-Allüren [...] der feindlichen Besatzungsgruppen im Rheinland«, die

³² Horst Romeyk, Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945, Düsseldorf 1985, erwähnt dieses doch interessante Phänomen nicht, obschon die Auswirkungen auf die Verwaltungsebenen des Dritten Reiches sicherlich nicht gering waren.
³³ Stefan Martens (Hg.), Frankreich und Belgien unter deutscher Besatzung 1940-1944, Stuttgart 2002, S. 660.

hand des synchronen – z. B. Frankreich und die Niederlande unter national-sozialistischer Besatzung – wie des diachronen Vergleichs – Belgien im Ersten und Zweiten Weltkrieg – herausgearbeitet werden.

Seit einigen Jahren erlebt die vergleichende Weltkriegsforschung eine erste Blüte.³⁷ Selten jedoch werden dabei die theoretischen Grundlagen dieses komparativen Ansatzes diskutiert. Dabei scheint der diachrone Vergleich problematisch. In seinem grundlegenden Buch definiert Hartmut Kaelble den historischen Vergleich als die explizite und systematische Gegenüberstellung von zwei oder mehreren Gesellschaften mit dem Ziel, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten. Sinn dieser Herangehensweise ist die Erklärung und/oder die Typisierung. Nun argumentiert Kaelble, dass die chronologische Dimension ausgeschlossen sei: »Vergleiche der gleichen Gesellschaft in verschiedenen Epochen« seien nicht als Vergleich zu bezeichnen.³⁸ Die Prämissen von Kaelbles Definition sind jedoch in Frage zu stellen. Warum soll der *historische* Vergleich ausschließlic den Vergleich zweier *Gesellschaften* bedeuten? Kaelble gibt selber zu, dass der Ausschluss der zeitlichen Dimension willkürlich erscheinen mag. Der explizite und systematische Vergleich zweier Zeiträume hat die gleichen Ziele wie der Gesellschaftsvergleich: erklären und/oder typisieren. Der Unterschied zur klassischen linearen Erzählung liegt gerade im bewussten Vergleich.

Anhand der komparativen Weltkriegsforschung zeigt sich der potentielle Reichtum des diachronen Vergleichs, der für dieses Thema unter anderem epistemologisch sinnvoll erscheint. So heben Annette Becker und Henry Rousso die Notwendigkeit der »doppelten Erschütterung« (*double ébranlement*) hervor. Der dominierenden Interpretationsparadigmen der beiden Konflikte hervor. Lange Zeit hat der Zweite Weltkrieg die Geschichtsschreibung nicht nur durch die Anzahl der ihm gewidmeten Büchern, sondern auch durch seinen einzigartigen Charakter dominiert. Die beiden Autoren plädieren für eine zeitwillige Aufhebung dieser radikalen Singularität, wenigstens während des Vergleichs.³⁹ Doppelte Erschütterung bedeutet aber auch doppelte Bereicherung. Die beiden Historiographien haben sich parallel entwickelt, jede mit ihren eigenen Modellen und Konzepten. Identische Problemstellungen wurden nebeneinander her bearbeitet, Fragen wurden für den einen, nicht jedoch für den anderen der her bearbeitet. So ist die Besatzung schon lange als ein besonderes Thema Konflikt gestellt. Für die Zeit zwischen 1939 und 1945 erkannt; für den Ersten Weltkrieg ist dies noch nicht der Fall. Als ein in den letzten Jahren innerhalb der Komparatistik aufgekommener Ansatz ist schlussendlich auch eine Transferanalyse (allerdings nur eindimensionale) möglich, wie der letzte Teil dieses Beitrages gezeigt hat. Unterschiedliche Typen militärischer Fremdherrschaften können sowohl an-

³⁷ Stéphane Audoin-Rouzeau u. a., *La violence de guerre 1914-1945*, Paris 2002, und Thoss/Volk-

mann, *Weltkrieg*. In Frankreich ist diese Problematik 2003 und 2004 ein Arbeitsfeld der *agrégation Historie-Géographie*, was zu zahlreichen Neuerscheinungen geführt hat. Ein Beispiel unter vielen Luc Capdevila u. a., *Hommes et femmes dans la France en guerre (1914-1945)*, Paris 2003.

³⁸ Hartmut Kaelble, *Der historische Vergleich. Eine Einföhrung zum 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 1999, S. 14-15.

³⁹ Annette Becker/Henry Rousso, *D'une guerre à l'autre*, in: Audoin-Rouzeau u. a., *Violence de guerre*, S. 11-25, hier S. 17.